

Postulat Fraktion SP/JUSO (Andreas Kruppen, SP): Entsorgung: Neu auch Rüst- und Speiserestabfälle einsammeln und in einer Biogasanlage verwerten!

Alle 14 Tage werden Grünabfälle aus den Gärten in der Stadt Bern eingesammelt und als Kompost verwertet.

Die Rüstabfälle und vor allem die Speisereste aus den Privathaushalten landen grösstenteils in der Kehrichtverbrennungsanlage. Eine Studie des BAFU geht davon aus, dass ca. 28% des verbrannten Hauskehrichts biogene Abfälle sind.

Der zunehmende Klimawandel (Erderwärmung) verlangt die vermehrte Produktion erneuerbarer Energie. Biologisch abbaubare Abfallstoffe eignen sich vorzüglich dazu. Sie fallen täglich an und müssen im Gegensatz zu nachwachsenden Rohstoffen nicht speziell produziert werden und besetzen keine landwirtschaftlichen Flächen.

Die Anlagen-Technik zur emissionsfreien Verwertung aller Grün- und Speiseabfälle ist heute ebenfalls vorhanden und bereits weit fortgeschritten.

Aus „Abfällen“ können umweltgerecht Biogas, Kompost und Flüssigdünger hergestellt werden. Vergleicht man die in der Stadt zur Zeit gesammelten Mengen aus den Gärten mit den Erfahrungswerten aus anderen Städten, so sieht man, dass die Sammelmenge rund verdreifacht werden könnte, nämlich von heute rund 4'000 t auf ca. 12'000 t. Die in Bern gesammelte Menge an Grüngut pro Einwohner ist weit unter dem Schnitt vergleichbarer Gemeinden mit ausgedehnter Grünsammlung.

Damit der Ausbau der Grünsammlung auf die genannten Stoffe möglichst wirtschaftlich ist, sollte die Vergärungsanlage möglichst in Stadtnähe zu stehen kommen (Transportwege kurz halten). Es ist durchaus denkbar und auch ökologisch wie ökonomisch sinnvoll, dass im Mittelland kleinräumig viele solcher Anlagen mit einer Mindestmenge von 10'000 t zu stehen kommen. Sie sollten aber möglichst alle in der Nähe des grössten Anlieferers stehen, um die Emissionen zu minimieren.

Aus hygienischen Gründen, wäre es wohl nötig, die Abfälle wöchentlich einzusammeln.

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. Die Projektierung einer Biogasanlage für Garten-, Rüstabfälle und Speisereste zu prüfen. Bei der Projektierung auch die Verwertung und Abnahme der gewonnenen Güter zu planen.
2. Einen Standort in der Stadt Bern oder im Umkreis von 10 km für diese Biogasanlage zu evaluieren.
3. Zu prüfen, ob diese Anlage als Stadt Bern oder gemeinsam mit Partnern erstellt und betrieben werden soll.
4. Zu prüfen, mit welchem Aufwand der Ausbau der Sammlung realisiert werden müsste.
5. Zu prüfen, welche Grünmengen in der Stadt eingesammelt werden könnten, mit welchen Energieerträgen aus der Verwertung der angelieferten Grünmengen zu rechnen wäre und was für Anlieferpreise nötig würden.
6. Zu prüfen, ob umliegende Gemeinden ihre Grünabfälle ebenfalls in diese Anlage liefern würden.

Bern, 05. Juli 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Andreas Kruppen, SP), Giovanna Battagliero, Stefan Jordi, Ursula Marti, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Beni Hirt, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Christof Berger, Michael Aebersold, Annette Lehmann, Thomas Göttin, Andreas Zysset

Antwort des Gemeinderats

Die Entsorgungsstrategie des Gemeinderats ist im Abfallentsorgungskonzept aus dem Jahr 2003 festgehalten. Es sieht vor, dass mittel- bis langfristig eine Vergärungsanlage und die Ausdehnung der Grüngutsammlung auf Küchenabfälle und Speisereste geprüft werden sollen.

Erste Abklärungen der Abfallentsorgung der Stadt Bern zeigen, dass der Betrieb einer Vergärungsanlage wirtschaftlich sein kann. Internationale Studien belegen, dass mit der Vergärung ein Beitrag an eine nachhaltige Abfallverwertung geleistet werden kann. Einzelne Anfragen von privaten Unternehmungen zeugen von einem gewissen Interesse, zusammen mit der Stadt Bern eine Vergärungsanlage zu betreiben.

Allerdings sind mit der Vergärung auch Risiken verbunden: Die Kosten, welche für die Erstellung anfallen, sind hoch und müssen über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden. Zudem stellt die Sammlung von Küchenabfällen und Speiseresten eine grosse logistische Herausforderung dar.

Die Abfallentsorgung der Stadt Bern arbeitet zurzeit prioritär an der Umsetzung des neuen Abfallreglements. Neben der Umstellung auf Gebührensäcke statt Marken, der Einführung der Containerpflicht für Betriebe sowie der Verwendung von Mehrweg- und/oder Pfandgeschirr an Veranstaltungen umfasst es vor allem auch ein neues Gebührensystem mit teils erheblichen Gebührenerhöhungen. Daneben sind mit dem Bau von Hauskehrichtsammelstellen, Quartierentsorgungsstellen und der Sanierung bzw. Schliessung der Entsorgungshöfe weitere bedeutende Neuerungen geplant.

Der Gemeinderat hält zwar an einer Vergärungsanlage als mittel- bis langfristige Option fest. Er ist deshalb bereit, in einem ersten Schritt die Punkte 4 und 5 des Postulats anzunehmen. Diese bilden die Voraussetzungen zur Klärung der übrigen Punkte des Postulats. Angesichts der mit einer Vergärungsanlage verbundenen Risiken, der gestiegenen Abfallgebühren sowie der bereits vorgenommenen und geplanten Umstellungen und Neuerungen in der Abfallentsorgung ist er aber der Meinung, dass der Zeitpunkt für weiterreichende vertiefende Abklärungen wie in Punkt 1, 2, 3 und 6 des Postulats gefordert verfrüht und zum jetzigen Zeitpunkt finanziell nicht vertretbar ist. Vielmehr sollen die bereits eingeleiteten Umstellungen konsolidiert und die geplanten Neuerungen umgesetzt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 bis 3 und 6 des Postulats abzulehnen und Punkt 4 und 5 erheblich zu erklären.

Bern, 5. Dezember 2007

Der Gemeinderat